Dieses Blatt wird den Lesern von Dresden und Umgebung am Tage vorher bereits als **Vorabend-Blatt** geliefert, während es die Post-Bezieher am Morgen in einer Gesamtausgabe erhalten.

63. Jahrgang. № 118. Mittwoch, 30. April 1919.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr vierteljährlich in Dresden und Vororten bei zweimaliger Zutragung sowie bei einmaliger Zustellung durch die Post (ohne Bestellgeld) 5.40 M. monatlich 1.80 M.
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 37 mm breite Zeile 75 Pf. Auf Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt einspaltige Kin- und Verkäufe 20 % Vorzugsplätze auf Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. — Belegblatt 10 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 19395 Leipzig.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

HUPFELD — FLÜGEL * PIANOS PHONOLAS — RÖNISCH
24 WAISENHAUS-STRASSE 24 — HÖCHSTE VOLLENDUNG • EDLE KLANGFÜLLE — LITERATUR UND URTEILE KOSTENLOS — 24 WAISENHAUS-STRASSE 24

Ein italienischer Kompromiß-Entwurf.

Die Stimmung in Amerika und in Italien.

In den amerikanischen Blättern glaubt man, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland auch ohne Italien möglich sein wird. Man behauptet sogar, daß die Verpflichtung im Londoner Vertrag, keinen Sonderfrieden mit Deutschland abzuschließen, durch den Waffenstillstand vom 11. November aufgehoben worden sei. Italien habe tatsächlich gegen Deutschland nur die Wiedergutmachung einiger Torpedoschäden und der Beschlagnahme des italienischen Eigentums in Deutschland geltend zu machen; doch würde man die Abwesenheit Italiens bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages als einen empfindlichen Nachteil bedauern. Die Aeußerungen der gesamten italienischen Presse sind von einer pessimistischen Stimmung beherrscht. Die Zweifel an der Möglichkeit eines Ausgleiches in der Adriafrage werden stetig stärker, und man beschäftigt sich in der Oeffentlichkeit immer ernster mit den Folgen, die aus der endgültigen Unvereinbarkeit der italienischen und der amerikanischen Auffassung entstehen würden. Der „Secolo" erhebt lebhafte Vorwürfe gegen England und Frankreich wegen ihrer kühlen Haltung gegen den italienischen Bundesgenossen und gibt beiden Staaten zu bedenken, daß ihre gegenwärtige Uebermacht keinerlei Gewähr der Dauer in sich trage. In diesem Zusammenhang ist bezeichnend, daß im gleichen Blatt auf die Unersetzlichkeit des deutschen Marktes hingewiesen wird. Deutschland, so wird gesagt, habe im Jahre 1913 im ganzen 23 Prozent der italienischen Ausfuhr aufgenommen, und die italienischen Unterhändler täten darum besser, wenn sie sich statt der fragwürdigen deutschen Milliarden lieber Handelsverträge mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn sichern würden. Als Beispiel für die kaum mehr zu überbietende Heftigkeit der Sprache, deren sich die italienische Presse gegen die Verbündeten in dem Adriastreit neuerdings bedient, sei noch ein Aufsatz der klerikalen Mailänder „Italia" angeführt. Das Blatt fragt, ob Italien endlich begreife, daß man es nur für eine leichtfertige schöne Dame halte, die man kaufe und nachher verachte. Italien habe sich freilich jenes Vorurteil selbst zuzuschreiben. Beliebt sei Italien nie gewesen und würde es auch nie sein, wenn es nicht aufhöre, sich dem ersten besten in die Arme zu werfen, der ihm mit den Augen zublinzle. Die Aufgabe der Neutralität Italiens habe nur seinen Verbündeten genützt, von denen es jetzt schmählich im Stiche gelassen werde. Italien habe auf Erden nur einen einzigen Freund, den Papst. Wäre Italien des immer eingedenk gewesen, dann wäre es nicht in die gegenwärtige Lage gekommen.

Aaram. 28. April. In Fiume kam es heute zu lauten Kundgebungen der Italiener gegen die Amerikaner. Amerikanische Offiziere wurden auf den Straßen mit Pfiffen begrüßt. Englisches und französisches Militär hielt nur mit Mühe die Ordnung in der Stadt aufrecht.

Italien lenkt ein.

Genf, 29. April. (Eig. Drahtmeld.) Dem Pariser „Herald" zufolge beabsichtigt Orlando, dem Parlament einen Kompromißentwurf vorzulegen. Danach soll die Provinz Fiume und die dalmatinische Küste dem Völkerbunde und die lokale Verwaltung Fiumes Italien unterstellt werden. Italien soll auch die Inseln erhalten, um so eine Kontrolle der Adria zu haben. Man hofft, daß dieser Vorschlag durch das Parlament Annahme findet.

Der bedeutungsvolle Donnerstag.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Genf, 29. April. Eine Havas-Depesche meldet, daß die Vertreter der französischen Presse für Donnerstag vormittag in das Ministerium des Aeußeren berufen wurden, um wichtige Mitteilungen über den Frieden mit Deutschland entgegenzunehmen. Der „Temps" schreibt: Bis Donnerstag hofft die Regierung, die Stellungnahme Deutschlands einwandfrei kennen gelernt zu haben, um das französische Volk über Frieden oder Vertagung der Verhandlungen aufzuklären.

Genf, 29. April. Die Pariser Zeitungen vom Sonntag äußern sich zur bevorstehenden Ankunft der deutschen Delegation in zurückhaltender Weise. „Homme libre" glaubt, daß die Zusammensetzung der deutschen Delegation nicht die absolute Gewähr für ihre Objektivität gebe, da darin die Vertreter des alten deutschen Regimes Sitz und Stimme hätten. Die Bekanntgabe der Bedingungen wird für Donnerstag erwartet.

Paris, 28. April. (Agence Havas.) Der Park von Versailles wird während der Friedensverhandlungen, die ziemlich lange dauern werden, für das Publikum nicht völlig geschlossen sein. Für die deutschen Delegierten sind 60 Hektar reserviert. Die Delegierten werden sogar das Recht haben, in die Stadt auszugehen, aber in unauffälliger Begleitung, um jeden Zwischenfall zu vermeiden.

Lugano, 29. April. (Eig. Drahtmeld.) Eine Pariser Depesche des „Corriere" meldet: Die sogenannten deutschen Kuriere in Versailles seien Gegenstand allgemeinster unglaublicher Neugierde. Das Publikum wolle selbst die kleinsten Kleinigkeiten wissen, die sich auf die Deutschen beziehen, wolle wissen, wo und wenn sie sich im Parke ergingen, wenn sie essen, wer sie rasiert, kurz, die geringsten Vorgänge interessieren aufs äußerste. Der für die Deutschen reservierte Teil des Parkes mußte, um sie vor den feindlichen Bemerkungen des Publikums zu schützen, durch ein festes Gitter abgesperrt werden. Außerdem werden die Gäste ständig durch ein Aufgebot von 80 berittenen Gendarmen beobachtet und bewacht.

Weimar, 29. April. Die Mehrzahl der Mitglieder der Nationalversammlung traf von den Osterferien bereits wieder in Weimar ein. Die Fraktionen bleiben auch in den nächsten Tagen zusammen, da man bereits für Mitte bzw. Ende dieser Woche eine endgültige Klärung der Mission der deutschen Friedensdelegation in Versailles erwartet.

Der Völkerbundsvertrag.

London, 28. April. (Reuter.) Der Text des Völkerbundsvertrages wurde heute nachmittag bekanntgegeben. Viele der darin enthaltenen Bestimmungen sind bereits halbamtlich veröffentlicht worden. Neben den 32 ursprünglichen Mitgliedern werden noch weitere 13 Staaten, darunter die Niederlande, aufgefordert werden, dem Völkerbunde beizutreten. Der Hauptpunkt des Völkerbundvertrages ist der, daß eine Nation, die unter Nichtachtung des Vertrages ihre Zuflucht zum Kriege nimmt, ipso facto als eine Nation angesehen wird, die eine Kriegshandlung gegen alle Mitglieder begangen hat.

Die irische Agitation in Paris.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Amsterdam, 29. April. In der englischen Presse macht sich eine starke Nervosität über die intensive Tätigkeit bemerkbar, die die irisch-amerikanische Delegation seit ihrer Ankunft in Paris entfaltet. Man empfindet es namentlich sehr unangenehm, daß es den irischen Vertretern gelungen ist, Wilson zur Unterstützung der irischen Forderungen zu bewegen und daß sich der Einfluß des Präsidenten auf die Friedenskonferenz bereits im irenfreundlichen Sinne geltend macht. Wie es heißt, beginnt Lloyd George dieser Stimmung bereits Rechnung zu tragen und trifft Vorbereitungen zu Verhandlungen mit den irischen Abgesandten, in denen Irland die Selbstverwaltung unter englischer Souveränität angeboten werden soll.

Bulgarien vor neuen Verwicklungen.

Aaram, 28. April. Die Belgrader „Epoque" meldet, daß 180 bulgarische Soldaten unter Führung von Offizieren, entgegen den Bestimmungen des Waffenstillstandes, in Strumitza eingedrungen seien. Der ehemalige Kriegsminister Sawow habe die Weiße Garde mobilisiert und bedrohe die Grenzen. Die Regierung in Sofia stehe den Umtrieben machtlos gegenüber.

Die Umzingelung Münchens.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Passau, 29. April. Rosenheim, der östliche Hauptstützpunkt der Kommunisten, wird von den Regierungstruppen beschossen. Mit dem Falle Rosenheims ist die Umzingelung Münchens eine vollständige. In Landshut abgefangene Emissäre der Münchner Räteregierung berichten, daß die Kommunistenführer in München bereits seit Sonntag alle Vorbereitungen getroffen haben, um im Falle eines Angriffes auf München mit ihrem Anhange nach Südbayern zu entkommen.

Bamberg, 28. April. Die Meldung, daß in Ingolstadt Unterhandlungen zwischen dem Ministerium Hoffmann und Vertretern der Münchner Räterepublik stattgefunden haben, entspricht nicht den Tatsachen. Den Münchner Gewalthabern gegenüber steht die Regierung Hoffmann nach wie vor auf dem Standpunkte, daß mit ihnen nur auf der Grundlage bedingungsloser Uebergabe und Auslieferung der Rebellenführer verhandelt werden könne.

Falsches bayrisches Geld.

Das Kabinett Hoffmann warnt vor dem Umlauf falschen Geldes in Bayern. Die Kommunisten in München haben einen Teil der Platten zur Herstellung von Banknoten in ihrem Besitz und fabrizieren Papiergeld in Massen. Das Kabinett Hoffmann gibt bekannt, daß alle 20-Markscheine der bayrischen Staatsbank, die mit dem Buchstaben B eine höhere Nummer als die Nummer 800 000 tragen, falsch sind. Falsch sind auch die 20-Markscheine der bayrischen Staatsbank, die bei der Nummer den Buchstaben Rd oder einen nachfolgenden Buchstaben des Alphabets tragen. Echte 50-Markscheine gibt es in Bayern überhaupt nicht.

•

Düsseldorfs Ruin durch Spartakus.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Düsseldorf, 29. April. Durch die städtische Kontrollkommission wurde festgestellt, daß der finanzielle Gesamtverlust der Stadt Düsseldorf durch die zweimonatige Spartakusherrschaft fast 12 Millionen Mark beträgt. Für mehr als 4 Millionen Mark sind Belege überhaupt nicht vorhanden.

233 Millionen Fehlbetrag im sächsischen Staatshaushalt.

Die Ankündigung, daß der in den nächsten Tagen der Volkskammer zugehende Nachtragsetat für 1918/19 einen Fehlbetrag in solcher enormen Höhe aufweist, ist eine Hiobspost für die sächsischen Steuerzahler, die ihnen um so unangenehmer in die Ohren klingt, als gerade in Sachsen die Einkommensteuer, welche die Hauptlast zu tragen haben wird, bereits in sehr hohem Grade angespannt ist. Da das Defizit aber einmal gedeckt werden muß, so bleibt nur der eine Weg offen, die unvermeidliche Mehrbelastung in einer Weise zu verteilen, die nach bester Möglichkeit dem Grundsatz der ausgleichenden sozialen Gerechtigkeit nach Maßgabe der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der einzelnen Steuerträger entspricht. Unter diesem Gesichtswinkel wird der Nachtragsetat in der Volkskammer sehr sorgfältig geprüft werden müssen, und die obere Grenze des Einkommens, bei der die Progression schärfer einsetzt, wird mit Rücksicht auf die Geldentwertung ziemlich hoch zu bemessen sein. Die allgemeine Finanzlage unserer engeren Heimat spiegelt sich in einem Vergleich des Fehlbetrages mit dem Staatsvoranschlag 1918/19 wieder, der in Einnahmen und Ausgaben mit rund 568½ Millionen Mark balancierte. Von diesem Betrage stellt der Fehlbetrag 41 v. H. dar. Zahlen reden, sagt man, und die Sprache dieser Zahlen ist deutlich genug. Sie führt uns in schmerzlich greifbarer Weise den klaffenden Unterschied vor Augen, der zwischen jetzt und einst besteht, als noch die Einnahmen aus den zurzeit so sehr verwüsteten Eisenbahnen neben der Einkommensteuer das Rückgrat der blühenden sächsischen Finanzen bildeten. Wie trübe aber auch der gegenwärtige Stand unserer Finanzgebarung sein mag, der eine Trost bleibt uns doch, daß der sächsische Staatskredit auch jetzt noch in seinen Grundfesten unerschüttert dasteht, wie ein Blick auf das Verhältnis zwischen Staatsvermögen und Staatsschulden zeigt. Die gesamten Staatsschulden betrugen nach dem Rechenschaftsbericht 1914/15 621 Millionen Mark, denen ein unbewegliches Staatsvermögen von rund 1 Milliarde und 626 Millionen gegenüberstanden. Selbst wenn man von dieser Summe die durch den Krieg verursachten Einbußen, insbesondere beim Eisenbahnmaterial, abrechnet und den Betrag der neuen Staatsanleihe in Höhe von etwa 70 Millionen zu den Schulden hinzuschlägt, so bleibt doch immer noch ein erheblicher Ueberschuß zurück, der die Sicherheit der sächsischen Staatswerte im vollen Umfang garantiert und ihren Kurs auf angemessener Höhe zu halten geeignet ist.

Wir brauchen also den Kopf immer noch nicht hängen zu lassen, wenn alle Kreise und Kräfte unseres Volkes mit zielbewußtem Wollen der Losung folgen: „Sparen und arbeiten". Jeder hoffnungsvolle Ausblick in die Zukunft hat aber freilich zur Voraussetzung, daß nicht in Versailles ein Friede geschlossen wird, der uns finanziell erdrosselt und in die Schuldknechtschaft der Entente hineinführt, denn dann würde die Steuerlast völlig ins Unerträgliche steigen und ein unaufhaltsamer Verarmungsprozeß jede Aufwärtsentwicklung unmöglich machen. Insofern kommt der Nachtragsetat gerade zu rechter Zeit, um allen sächsischen Steuerzahlern die Augen darüber zu öffnen, welches Interesse sie daran haben, daß unsere Unterhändler in Versailles fest bleiben und unsinnig hohe Entschädigungsforderungen der Entente als mit unseren Lebensbedingungen unvereinbar von der Schwelle aus zurückweisen. Und noch ein anderes gibt uns der Fehlbetrag zu bedenken: die Notwendigkeit, daß den Einzelstaaten nach wie vor die direkten Steuerquellen des Einkommens und des Vermögens erhalten bleiben, weil sie nur dann imstande sind, sich finanziell über Wasser zu halten. Soweit Eingriffe des Reiches nach dieser Richtung unter den neuen Verhältnissen unvermeidlich sein sollten, müßte jedenfalls von den einzelstaatlichen Finanzverwaltungen gemeinsam mit allem Nachdruck darauf bestanden werden, daß das grundsätzliche Vorrecht der Einzelstaaten bei der Ausnutzung dieser beiden Steuerquellen in solchem Umfange gewahrt bleibt, wie es unbedingt erforderlich ist, wenn die Gliedstaaten des Reiches der Erfüllung ihrer Kulturaufgaben auch weiter gewachsen bleiben und nicht dem finanziellen Zusammenbruch zugetrieben werden sollen.

•

Der Abbau der Heereswerkstätten.

(Von unserem Weimarer Sonderberichterstatter.)

Weimar, 29. April. Auf Antrag des Kriegsministers trat der Haushaltsausschuß heute vormittag zusammen. Er beschäftigte sich mit Fragen des Abbaues der Heereswerkstätten.

Der Entwurf eines Reichssiedlungsgesetzes

ist der Nationalversammlung zugegangen. Der Entwurf bestimmt, daß Staatsdomänen bei Ablauf des Pachtvertrages den gemeinnützigen Siedlungsunternehmen anzubieten sind, soweit nicht ihre Erhaltung im Staatsbesitz für Unterrichts-, Versuchs- oder andere Zwecke öffentlicher oder volkswirtschaftlicher Art notwendig ist. Moorland kann von den Siedlungsunternehmen enteignet werden, wenn es für die Besiedlung nutzbar gemacht werden soll.

SLUB
Wir führen Wissen.